

**L7****Jusos Mitte****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Kitakrise heißt Zukunftskrise!**

1

2

3 **Kitakrise heißt Zukunftskrise!**

4

5 In Berlin fehlen zur Zeit 26.000 Kita-Plätze. Da-  
6 bei sollen bis 2030 rund 7.000 Erzieher\*innen  
7 fehlen. Allein an diesen Zahlen wird sichtbar,  
8 es besteht Handlungsbedarf. Nicht selten müs-  
9 sen werdende Eltern bereits mit dem Start der  
10 Schwangerschaft sich um einen Kitaplatz be-  
11 werben. In der Theorie gibt es eine Kitagaran-  
12 tie, in der Praxis meist verzweifelte Eltern auf  
13 der unendlichen Suche nach einem freien Platz.  
14 Ein Zustand, den es zu ändern gilt und sofortiges  
15 Handeln verlangt.

16

17 **Gute Arbeitsbedingungen für Erzieher\*innen**

18

19 Eine der wichtigsten Ursachen für die Kitakri-  
20 se ist, dass es zu wenig Erzieher\*innen gibt,  
21 und diese Situation wird sich in Zukunft weiter  
22 verschärfen. Schon jetzt müssen Kitas hunder-  
23 te Kinder ablehnen, weil sie nicht genug Perso-  
24 nal für deren Betreuung haben. Auch wenn es  
25 bereits Bemühungen gegeben hat, mehr Erzie-  
26 her\*innen einzustellen, bleibt diese Arbeit doch  
27 – besonders in Berlin – unattraktiv, unterbezahlt  
28 und wird nicht ausreichend wertgeschätzt.

29

30 Dies beginnt bereits in der Ausbildung, in vielen  
31 Kindertagesstätten wird so in den ersten bei-  
32 den Ausbildungsjahren gerade einmal der Min-  
33 destlohn bezahlt. Erst im dritten Ausbildung-  
34 jahr erhält man mindestens 930 € im Monat.  
35 Hinzu kommt, dass viele Studierende kein oder  
36 ein halbiertes BAföG erhalten, da die Berliner  
37 Fachschulen nicht als „echte“ Fachschulen an-  
38 erkannt werden. An den Berliner Fachschulen  
39 werden auch Bewerber\*innen ohne Berufsab-  
40 schluss - also „lediglich“ mit Abitur oder Fach-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Kein Konsens)**

In Berlin fehlen zur Zeit 26.000 Kita-Plätze. Da-  
bei sollen bis 2030 rund 7.000 Erzieher\*innen  
fehlen. Allein an diesen Zahlen wird sichtbar,  
es besteht Handlungsbedarf. Nicht selten müs-  
sen werdende Eltern bereits mit dem Start der  
Schwangerschaft sich um einen Kitaplatz be-  
werben. In der Theorie gibt es eine Kitagaran-  
tie, in der Praxis meist verzweifelte Eltern auf  
der unendlichen Suche nach einem freien Platz.  
Ein Zustand, den es zu ändern gilt und sofortiges  
Handeln verlangt.

**Gute Arbeitsbedingungen für Erzieher\*innen**

Eine der wichtigsten Ursachen für die Kitakri-  
se ist, dass es zu wenig Erzieher\*innen gibt,  
und diese Situation wird sich in Zukunft weiter  
verschärfen. Schon jetzt müssen Kitas hunder-  
te Kinder ablehnen, weil sie nicht genug Perso-  
nal für deren Betreuung haben. Auch wenn es  
bereits Bemühungen gegeben hat, mehr Erzie-  
her\*innen einzustellen, bleibt diese Arbeit doch  
– besonders in Berlin – unattraktiv, unterbezahlt  
und wird nicht ausreichend wertgeschätzt.  
Dies beginnt bereits in der Ausbildung, in vielen  
Kindertagesstätten wird so in den ersten bei-  
den Ausbildungsjahren gerade einmal der Min-  
destlohn bezahlt. Erst im dritten Ausbildungs-  
jahr erhält man mindestens 930 € im Mo-  
nat. Hinzu kommt, dass viele Studierende kein  
oder ein halbiertes BAföG erhalten, da die Ber-  
liner Fachschulen nicht als „echte“ Fachschu-  
len anerkannt werden. An den Berliner Fach-  
schulen werden auch Bewerber\*innen ohne Be-  
rufsabschluss - also „lediglich“ mit Abitur oder  
Fachhochschulreife – aufgenommen, vor die-  
sem Hintergrund erkennen die BAföG-Ämter die  
Berliner Fachschulen nur als Berufsfachschulen  
an. Zwar wurde die Form der berufsbegleiten-  
den Ausbildung intensiv ausgeweitet, um die  
Bildungseinrichtungen und hier insbesondere  
die Kitas schnell mit Personal zu versorgen. Die

41 hochschulreife – aufgenommen, vor diesem  
 42 Hintergrund erkennen die BAfo G-A mter die  
 43 Berliner Fachschulen nur als Berufsfachschulen  
 44 an. Zwar wurde die Form der berufsbegleitenden  
 45 Ausbildung intensiv ausgeweitet, um die  
 46 Bildungseinrichtungen und hier insbesondere  
 47 die Kitas schnell mit Personal zu versorgen. Die  
 48 Studierenden haben einen Arbeitsvertrag und  
 49 einen Ausbildungsvertrag. Diese sind in der Re-  
 50 gel nicht aufeinander abgestimmt. Das birgt be-  
 51 sondere Herausforderungen fu r die Studie-  
 52 renden. Sowohl fu r den Arbeitgeber\*innen  
 53 als auch fu r die Ausbildungssta tte ergeben  
 54 sich daraus u berschneidende Forderungen.  
 55 Die Studierenden ko nnen diesen vielfach nur  
 56 durch Mehrarbeit gerecht werden, denn Lern-  
 57 und Praxiszeiten u berschneiden sich. Der Er-  
 58 zieher\*innenberuf leidet zudem unter fehlender  
 59 Anerkennung, sowohl sozial als auch finanziell.  
 60 Fu r junge Abiturient\*innen, die gerne im so-  
 61 zialen Bereich arbeiten mo chten, gibt es deut-  
 62 lich attraktivere Berufsfelder als zum Beispiel  
 63 die Berliner Kindertagessta tten.

64 Dabei liegt das Einstiegsgehalt in Berlin bei  
 65 2.860 Euro brutto. So ist es auch nicht verwun-  
 66 derlich, dass tausende Erzieher\*innen Ende letz-  
 67 ten Jahres für mehr Geld demonstrierten. Denn  
 68 zu der fehlenden Wertschätzung durch eine  
 69 angemessene Bezahlung kommen die heraus-  
 70 fordernden Arbeitsbedingen hinzu. Überfüllte  
 71 Kitas, Personalmangel, wo auch Praktikant\*in-  
 72 nen fest eingeplant werden und unbezahlte  
 73 Überstunden. Das alles gehört zum Berufsall-  
 74 tag dazu. Hierbei ist die Situation umso dra-  
 75 matischer, wenn man sich bewusst macht, dass  
 76 hier der elementare Grundschein für die schu-  
 77 lische Laufbahn gelegt wird. Die Grundschule  
 78 baut größtenteils auf die Arbeit in den Kinderta-  
 79 gesstätten auf, wenn hier die frühkindliche Er-  
 80 ziehung nicht qualitativ gewährleistet werden  
 81 kann, verwundert es nicht, dass die Bildungsun-  
 82 gerechtigkeit bereits zu Anfang des Lebens in ei-  
 83 ne dramatische Schieflage gerät.

84  
 85 Somit fordern wir die Mitglieder der SPD Frak-  
 86 tion des Berliner Abgeordnetenhaus, sowie die

Studierenden haben einen Arbeitsvertrag und  
 einen Ausbildungsvertrag. Diese sind in der Re-  
 gel nicht aufeinander abgestimmt. Das birgt be-  
 sondere Herausforderungen für die Studieren-  
 den. Sowohl für den Arbeitgeber\*innen als auch  
 für die Ausbildungsstätte ergeben sich daraus  
 überschneidende Forderungen. Die Studieren-  
 den können diesen vielfach nur durch Mehrar-  
 beit gerecht werden, denn Lern- und Praxiszei-  
 ten u berschneiden sich. Der Erzieher\*innen-  
 beruf leidet zudem unter fehlender Anerken-  
 nung, sowohl sozial als auch finanziell. Für jun-  
 ge Abiturient\*innen, die gerne im sozialen Be-  
 reich arbeiten möchten, gibt es deutlich attrak-  
 tivere Berufsfelder als zum Beispiel die Berliner  
 Kindertagesstätten.

Dabei liegt das Einstiegsgehalt in Berlin bei  
 2.860 Euro brutto. So ist es auch nicht verwun-  
 derlich, dass tausende Erzieher\*innen Ende letz-  
 ten Jahres für mehr Geld demonstrierten. Denn  
 zu der fehlenden Wertschätzung durch eine an-  
 gemessene Bezahlung kommen die herausfor-  
 dernden Arbeitsbedingen hinzu. Überfüllte Ki-  
 tas, Personalmangel, wo auch Praktikant\*innen  
 fest eingeplant werden und unbezahlte Über-  
 stunden. Das alles gehört zum Berufsalltag da-  
 zu. Hierbei ist die Situation umso dramatischer,  
 wenn man sich bewusst macht, dass hier der  
 elementare Grundstein für die schulische Lauf-  
 bahn gelegt wird. Die Grundschule baut größ-  
 tenteils auf die Arbeit in den Kindertagesstätten  
 auf, wenn hier die frühkindliche Erziehung nicht  
 qualitativ gewährleistet werden kann, verwun-  
 dert es nicht, dass die Bildungsgerechtigkeit  
 bereits zu Anfang des Lebens in eine dramati-  
 sche Schieflage gerät.

Somit fordern wir die Mitglieder der SPD Frak-  
 tion des Berliner Abgeordnetenhaus, sowie die  
 Senatorin für Bildung, Jugend und Familie auf:

1. Verbindliche Regelungen zu schaffen, da-  
 mit die BAföG-Ämter in die Lage verset-  
 zen, einzelne Klassen der Fachschule als  
 förderungswürdig anzuerkennen.
2. Eine angemessene Bezahlung aller Erzie-  
 her\*innen sicher zu stellen. Die Regelun-  
 gen des Tarifvertrags für den öffentli-

87 Senatorin für Bildung, Jugend und Familie auf:  
 88 1. Verbindliche Regelungen zu schaffen,  
 89 damit die BAfo G-A mter in die Lage  
 90 versetzen, einzelne Klassen der Fachschu-  
 91 le als fo rderungswu rdig anzuerken-  
 92 nen.

93 2. Dass die berufsbegleitende Ausbildung  
 94 ein duales Studium wird, in der es einen  
 95 gemeinsam vereinbarten Ausbildungsver-  
 96 trag sowohl mit der Ausbildungssta tte  
 97 als auch mit der Einsatzstelle gibt und  
 98 die Studierenden erst nach dem ersten  
 99 Ausbildungsjahr anteilig auf den Perso-  
 100 nalschlu ssel angerechnet werden.

101 3. Eine angemessene Bezahlung aller Er-  
 102 zieher\*innen sicher zu stellen. Die Rege-  
 103 lungen des Tarifvertrags für den öffentli-  
 104 chen Dienst der Länder (TV-L) sind aus-  
 105 zuscho pfen. Denn für uns steht fest:  
 106 Erzieher\*innen sind Pa dagog\*innen. Als  
 107 Pa dagog\*innen in den ersten Bildungs-  
 108 einrichtungen der Kinder legen sie die  
 109 wichtigste Grundlage fu r selbstständi-  
 110 ges, eigenverantwortliches und lebens-  
 111 langes Lernen.

112 4. Dass eine gezielte Kampagne zur Fach-  
 113 kräftegewinnung entwickelt und finan-  
 114 ziert wird, die junge Menschen motiviert  
 115 den Beruf zu ergreifen.

116 5. Für eine bessere Vergütung und eine  
 117 Professionalisierung der Kindertagespfle-  
 118 ge Sorge zu tragen.

### 119 **Räumlichkeiten kaufen, bauen und gemeinsam!**

120 Die Kitakrise ist eindeutig auch die Folge eines  
 121 Mangels an Gebäuden und Räumlichkeiten. Es  
 122 braucht von staatlicher Seite die Förderung von  
 123 Kitas beim Bau und Erweiterung ihrer Flächen  
 124 wie auch die Verpflichtung, Land zu erwerben  
 125 und selbst zu bauen. Zudem hat Berlin einen  
 126 sehr großen Teil der vorschulischen Bildung in  
 127 freie Tra gerschaft gegeben (80% der betreu-  
 128 ten Kinder). Dies rächt sich nun, denn bei die-  
 129 sen Kitas fehlt es an Einfluss. Hier gilt es nun  
 130 zum einen vermehrt selbst zu bauen und pri-  
 131 vate Trägerschaften in die öffentliche Hand zu-  
 132 rückzuführen. Denn auch frühkindliche Bildung

chen Dienst der Länder (TV-L) sind aus-  
 zuschöpfen. Denn für uns steht fest: Er-  
 zieher\*innen sind Pädagog\*innen. Als Päd-  
 agog\*innen in den ersten Bildungseinrich-  
 tungen der Kinder legen sie die wichtigste  
 Grundlage für selbstständiges, eigenver-  
 antwortliches und lebenslanges Lernen.

3. Dass eine gezielte Kampagne zur Fach-  
 kräftegewinnung entwickelt und finan-  
 ziert wird, die junge Menschen motiviert  
 den Beruf zu ergreifen.

4. Für eine bessere Vergütung und eine Pro-  
 fessionalisierung der Kindertagespflege  
 Sorge zu tragen.

### **Räumlichkeiten kaufen, bauen und das gemein- sam!**

Die Kitakrise ist eindeutig auch die Folge eines  
 Mangels an Gebäuden und Räumlichkeiten. Es  
 braucht von staatlicher Seite die Förderung von  
 Kitas beim Bau und Erweiterung ihrer Flächen  
 wie auch die Verpflichtung, Land zu erwerben  
 und selbst zu bauen. Zudem hat Berlin einen  
 sehr großen Teil der vorschulischen Bildung in  
 freie Tra gerschaft gegeben (80% der betreu-  
 ten Kinder). Dies rächt sich nun, denn bei die-  
 sen Kitas fehlt es an Einfluss. Hier gilt es nun  
 zum einen vermehrt selbst zu bauen und pri-  
 vate Trägerschaften in die öffentliche Hand zu-  
 rückzuführen. Denn auch frühkindliche Bildung  
 sollte in erster Linie allen gleichermaßen zuste-  
 hen. Gleichzeitig müssen alle bestehenden Ein-  
 richtungen dahingehend geprüft werden, ob ein  
 Ausbau sinnvoll und möglich ist.

Somit fordern wir die Mitglieder der SPD Frakti-  
 on der Bezirksversammlungen und des Berliner  
 Abgeordnetenhaus, sowie die Senatorin für Bil-  
 dung, Jugend und Familie auf:

1. Alle Bauämter für die Dringlichkeit der Ki-  
 takrise zu sensibilisieren und zu beauftra-  
 gen, bei bestehenden Einrichtungen einen  
 Rückkauf zu prüfen **und** die bauliche Er-  
 weiterung von Einrichtungen. Hierbei sol-  
 len auch gesetzliche Ausnahmeregelun-  
 gen für eine Erhöhung der Traufhöhe im  
 Falle einer Kitanutzung geschaffen wer-  
 den.

133 sollte in erster Linie allen gleichermaßen zuste-  
134 hen. Gleichzeitig müssen alle bestehenden Ein-  
135 richtungen dahingehend geprüft werden, ob ein  
136 Ausbau sinnvoll und möglich ist.

137 Somit fordern wir die Mitglieder der SPD Frakti-  
138 on der Bezirksversammlungen und des Berliner  
139 Abgeordnetenhaus, sowie die Senatorin für Bil-  
140 dung, Jugend und Familie auf:

141 1. Alle Bauämter für die Dringlichkeit der  
142 Kitakrise zu sensibilisieren und zu beauf-  
143 tragen, bei bestehenden Einrichtungen ein-  
144 enen Rückkauf zu prüfen, die bauliche Er-  
145 weiterung von Einrichtungen. Hierbei sol-  
146 len auch gesetzliche Ausnahmeregelun-  
147 gen für eine Erhöhung der Traufhöhe im  
148 Falle einer Kitanutzung geschaffen wer-  
149 den.

150 2. Dass alle verfügbaren bezirklichen oder  
151 landeseigenen Räume dahingehend ge-  
152 prüft werden, ob eine Doppelnutzung  
153 möglich wäre.

154 3. Dass jede leerstehenden privaten Laden-  
155 flächen angemietet wird, sollte in diesem  
156 Gebiet ein Kitabedarf festgestellt werden.  
157 Hierfür sollen Mittel aus dem Haushalt  
158 bereitgestellt werden.

#### 159 **Denkt an die Eltern!**

160 Die Kitaplatz-Suche ist frustrierend und ineffizi-  
161 ent. Das System der Voranmeldung auf einen Ki-  
162 taplatz ist nicht einheitlich und nicht mehr zeit-  
163 gemäß.

164

165 Somit fordern wir die Mitglieder der SPD Frak-  
166 tion der Bezirksversammlungen und des Ber-  
167 liner Abgeordnetenhaus, die betreffenden Be-  
168 zirksämter sowie die Senatorin für Bildung, Ju-  
169 gend und Familie auf:

170 1. Eine moderne und funktionierende zen-  
171 trale Datenbank und Webseite zu schaf-  
172 fen, auf der Kitas freie Plätze veröffentli-  
173 chen und sich Eltern um die Plätze bewer-  
174 ben können.

175 2. Für die Formulare zur Beantragung des  
176 Kita-Gutscheins Leitfäden in den meist-  
177 gesprochenen Sprachen in Berlin wie Tür-  
178 kisch, Arabisch, Russisch und Englisch zu

2. Dass alle verfügbaren bezirklichen oder  
landeseigenen Räume dahingehend ge-  
prüft werden, ob eine Doppelnutzung  
möglich wäre.

3. Dass jede leerstehende private Ladenflä-  
che angemietet wird, sollte in diesem Geb-  
biet ein Kitabedarf festgestellt werden  
**und nicht anders abgedeckt werden kön-  
nen, zum Beispiel durch Modularbauten.**  
Hierfür sollen Mittel aus dem Haushalt  
bereitgestellt werden.

#### **Denkt an die Eltern!**

Die Kitaplatz-Suche ist frustrierend und ineffizi-  
ent. Das System der Voranmeldung auf einen Ki-  
taplatz ist nicht einheitlich und nicht mehr zeit-  
gemäß.

Somit fordern wir die Mitglieder der SPD Frak-  
tion der Bezirksversammlungen und des Ber-  
liner Abgeordnetenhaus, die betreffenden Be-  
zirksämter sowie die Senatorin für Bildung, Ju-  
gend und Familie auf:

1. Eine moderne und funktionierende zen-  
trale Datenbank und Webseite zu schaf-  
fen, auf der Kitas freie Plätze veröffentli-  
chen und sich Eltern um die Plätze bewer-  
ben können.

2. Für die Formulare zur Beantragung des  
Kita-Gutscheins Leitfäden in den meist-  
gesprochenen Sprachen in Berlin wie Tür-  
kisch, Arabisch, Russisch und Englisch zu  
entwickeln.

3. Einen anonymisierten Bewerbungspro-  
zess zu entwickeln und zu etablieren,  
damit Kinder aufgrund ihres Migrations-  
status, Ethnie, Religion oder Behinderung  
bei der Platzvergabe nicht benachteiligt  
werden.

4. Eine gezielte Kampagne für die Anwerbung  
von Kitavermittlungsstellen in allen Ju-  
gendämtern zu entwickeln und auszufi-  
nanzieren. So, dass mehr Personal einge-  
stellt werden kann, um Eltern bei der Kita-  
Suche und dem Ausfüllen des Antrags auf  
einen Kita-Gutschein unterstützt werden  
kann.

- 179        entwickeln.
- 180        3.    Einen anonymisierten Bewerbungsprozess zu entwickeln und zu etablieren, damit Kinder aufgrund ihres Migrationsstatus, Ethnie, Religion oder Behinderung bei der Platzvergabe nicht benachteiligt werden.
- 181
- 182
- 183
- 184
- 185
- 186        4.    Eine gezielte Kampagne für die Anwerbung von Kitavermittlungsstellen in allen Jugendämtern zu entwickeln und auszufinanzieren. So, dass mehr Personal eingestellt werden kann, um Eltern bei der Kita-Suche und dem Ausfüllen des Antrags auf einen Kita- Gutschein unterstützt werden kann.
- 187
- 188
- 189
- 190
- 191
- 192
- 193